



Neujahrsempfang 2011

14.01.2011

Seite 1/3

Regierungspräsident

Dr. Peter Paziorek

Sehr geehrte Damen und Herren,

seien Sie herzlich willkommen zum traditionellen Neujahrsempfang der Bezirksregierung Münster. Ich wünsche Ihnen für das neue Jahr 2011 Gesundheit, Zufriedenheit und Gottes Segen.

Ich freue mich, in diesem Jahr wieder viele Mitglieder des Deutschen Bundestages begrüßen zu dürfen, ebenfalls freue ich mich über die zahlreichen Landtagsabgeordneten, die heute nach Münster gekommen sind.

Ihnen und auch den Mitgliedern des Regionalrates sowie den Vertretern der Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe ein herzliches Willkommen!

Begrüßen möchte ich die zahlreichen Gäste der kommunalen Familie, vor allem gilt mein Gruß den anwesenden Landräten und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern aus dem Regierungsbezirk.

Ich begrüße die Vertreter der Kath. Kirche der Diözese Münster und der Ev. Kirche von Westfalen.

Bezirksregierung Münster
Domplatz 1-3
48143 Münster
Telefon: 0251/411-0
Telefax: 0251/411-82525
www.brms.nrw.de



Einen herzlichen Willkommensgruß richte ich an die Repräsentanten der Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Des Weiteren begrüße ich ganz herzlich die Vertreter des Militärs und der Polizei. Ebenso freue ich mich über die Gäste aus Wissenschaft und Forschung.

Ich begrüße unsere ausländischen Gäste, insbesondere die Vertreter der Konsulate, die Vertreter der Wirtschaft und der Wirtschaftsverbände, der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und des Westfälisch-Lippischen Sparkassen- und Giroverbandes, der Emscher-Genossenschaft sowie der Westdeutschen Lotterie.

Ebenfalls begrüße ich die zahlreichen Vertreter aus dem Bereich der Kultur, den Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes Emscher-Lippe und die Vorsitzenden unserer Personalräte.

Bedanken möchte ich mich bei den anwesenden Medienvertretern für die sachliche Berichterstattung über die Arbeit der Bezirksregierung im vergangenen Jahr. Verwaltungsarbeit ist oft kompliziert und nüchtern, daher freue ich mich, wenn Sie dennoch unsere Themen aufgreifen und für die Öffentlichkeit verständlich aufbereiten.

Abschließend möchte ich ganz herzlich die Sternsinger der katholischen Kirchengemeinde Liebfrauen-Überwasser begrüßen, die in diesem Jahr unter dem Leitwort „Kinder zei-



gen Stärke“ wieder bei uns Spenden sammeln werden. Die Sternsinger werden daher gleich im Anschluss auch hier im Saal die Runde machen und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mit einer kleinen Spende die Sternsingeraktion 2011 unterstützen würden.

Ich darf natürlich nicht die Schornsteinfeger vergessen, die uns hoffentlich auch in diesem Jahr wieder Glück bringen.

Musikalisch begleiten uns heute ein Flöten- und ein Streichquartett. Die jungen Nachwuchsmusiker aus Münster bereiten sich aktuell auf den nächsten Wettbewerb „Jugend musiziert“ vor, nachdem sie alle bereits an früheren Wettbewerben in unterschiedlichen Kategorien mit Auszeichnung teilgenommen haben. Ich freue mich sehr, dass sie sich bereit erklärt haben, heute hier in dieser Zusammenstellung aufzutreten und ich bedanke mich bei den Domfreunden Münster, die den Kontakt zu Prof. Rademacher, dem Direktor der Westfälischen Schule für Musik, hergestellt haben, der uns wiederum die jungen Musiktalente vermittelt hat. Wir freuen uns über Euren Auftritt, herzlichen Dank, dass Ihr gekommen seid!



Sehr geehrte Damen und Herren, der Blick zurück auf das vergangene Jahr kann uns in mehrfacher Hinsicht optimistisch für 2011 stimmen. Insgesamt gesehen ist es in vielen Bereichen „besser gelaufen“ als wir Anfang des vergangenen Jahres noch zu hoffen gewagt haben. Die Wirtschaft ist trotz aller Unkenrufe wieder „auf Kurs“ gekommen, die Konjunktur nimmt wieder Fahrt auf. Der Arbeitsmarkt war erstaunlich stabil, die Arbeitslosenquoten sind auf dem Niveau vor der Wirtschaftskrise, für dieses Jahr erwarten die Arbeitgeberverbände gar eine Rekordbeschäftigung.

Als Regierungspräsident bin ich froh über die Entscheidung der neuen Landesregierung, die fünf Bezirksregierungen wie auch die beiden Landschaftsverbände zu erhalten. In einigen Bereichen, wie zum Beispiel der Kommunalaufsicht oder der Wirtschaftsförderung sollen unsere Kompetenzen sogar gestärkt und erweitert werden.

Besonders erfreulich ist, dass der Innenminister einen weiteren Personalabbau bei den Bezirksregierungen für nicht mehr vertretbar hält. Das Innenministerium hat daher unser Personalbudget kurzfristig erhöht und es sind uns in begrenztem Maße sogar wieder Einstellungsmöglichkeiten eingeräumt worden, um Personalengpässe beispielsweise in der Umwelt- oder Schulabteilung schließen zu können.



Unsere Organisationsstrukturen sind damit weiter gefestigt worden. Zur Stabilität beigetragen hat auch die schnelle Nachbesetzung der Leitung für die wichtige Abteilung 3 – Regionale Entwicklung, Kommunalaufsicht und Wirtschaft. Herr Abteilungsdirektor Gregor Lange hat diese Aufgabe seit dem 1. Dezember übernommen. Am 13. Dezember hat der Regionalrat zudem das Benehmen mit der Bestellung von Herrn Lange zum Bezirksplaner erklärt – vor dem Hintergrund der aktuellen Erarbeitung des neuen Regionalplanes eine ebenfalls wichtige Entscheidung!

1. Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010

2010 war das Jahr der Kulturhauptstadt Europas – auch für die Bezirksregierung Münster bildete RUHR.2010 einen wichtiger Arbeitsschwerpunkt. **(Folie 2)**

Die Kulturhauptstadt RUHR.2010 hat über das ganze Jahr ein spektakuläres Programm mit 5.500 Veranstaltungen geboten, auch wenn mir persönlich ein besonders herausragendes kulturelles Ereignis, quasi als „Leuchtturm oder Glanzstück“, gefehlt hat. Aber dennoch: 10,5 Millionen Menschen haben daran teilgenommen und werden sich an ein neues, ein frisches Ruhrgebiet erinnern. Bleibenden Eindruck und bleibende Bilder haben die „Schachtzeichen“, oder auch das „Stilleben Ruhrschnellweg“ hinterlassen. **(Folie 3)**



Ich selbst denke gerne an die Aida-Aufführung in Bottrop auf der Halde Haniel, an den „Day of Song“ in der Arena „Auf Schalke“ mit dem großartigen Bekenntnis zur Chormusik und zum Volkslied, aber auch an das Projekt „em-scherKUNST“ in Recklinghausen, Gelsenkirchen und Bottrop. Das nördliche Ruhrgebiet hat durch diese Aktionen die Aufmerksamkeit eines internationalen Publikums erreicht und einen Imagegewinn erzielt.

RUHR.2010 war in der Gesamtbilanz ein großartiges Ereignis, die positive Bedeutung der Kultur im Rahmen von regionalen Entwicklungsprozessen wurde deutlich. Dagegen hat bei mir die übersteigerte Benutzung des Begriffs „Metropole Ruhr“ so manche Frage aufgeworfen. Glücklicherweise ist die inflationäre Verwendung dieses Begriffs zum Schluss abgeebbt.

Wie schon gesagt, war die Bezirksregierung an den Vorarbeiten auch beteiligt. Allein aus dem „Ökologieprogramm Emscher“ haben wir 12 Projekte mit einem Fördervolumen von immerhin 28 Mio. € mit auf den Weg gebracht und begleitet, wie zum Beispiel die Umgestaltung des ehemaligen Klärwerks Bernemündung zum neuen Bernepark Bottrop, die Parkautobahn A 42 oder die Wiederherstellung des Kaisergartens in Oberhausen.

„Dem Wandel künstlerischen Ausdruck zu geben“, dies war eine der großen Herausforderung für das Projekt



RUHR.2010. „Wandel durch Kultur - Kultur durch Wandel!“ - so lautete der griffige Slogan der Kulturhauptstadt. Konkret wurde dieser Slogan bei dem Projekt „emscher-KUNST“. (**Folie 4**) Dieses größte Einzelprojekt der Kulturhauptstadt auf der Emscher-Insel, 35 km zwischen Emscher-Fluss und Rhein-Herne-Kanal, vom Emschertor bei Castrop-Rauxel bis zum Kaisergarten in Oberhausen, ist allein mit mehr als 4 Mio. € von der Bezirksregierung Münster mit EU-Mitteln gefördert worden. Etwa 40 Künstler haben sich dort für 100 Tage mit bemerkenswerten Objekten und Projekten eingebracht, von denen ein Großteil auf Dauer installiert bleibt. Die Bedeutung von Kunst und Kultur für den Strukturwandel in der Industrieregion ist hier beispielhaft erfahrbar.

Solche Projekte werden hoffentlich dafür sorgen, dass vieles von dem, was durch die Kulturhauptstadt Europas RUHR.2010 erreicht worden ist, wie die allgemeine Aufbruchstimmung, die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen, die Identifikation mit der Region und der Imagegewinn für die Region, auch über 2010 hinaus wirken und bleibende, nachhaltige Effekte erzielen wird. Effekte, die sich hoffentlich auch auf die Wirtschaftskraft und die Standortqualität auswirken werden: Bereiche, in denen sämtliche Revierstädte immer noch einen Aufholbedarf haben. Gerade weil dies so ist, muss der Wandlungsprozess weitergehen.



2. REGIONALE 2016

Nachhaltig werden auch - da bin ich mir sicher - die Projekte der REGIONALE 2016 im Münsterland wirken. **(Folie 5)** Die REGIONALE ist für das westliche Münsterland in den Kreisen Borken und Coesfeld, einschließlich der teilnehmenden Kommunen der Kreise Recklinghausen, Unna und Wesel, eine einmalige Chance, Antworten auf die Zukunftsfragen ländlich geprägter Räume zu finden.

2009 hat die Arbeit begonnen, die organisatorischen Strukturen sind im letzten Jahr aufgebaut und erste Entscheidungen sind getroffen worden. Die selbstgesteckten, strategischen Ziele sind enorm und zeugen von den hohen Erwartungen, die die 35 Kommunen, die beiden Kreise Borken und Coesfeld sowie die Sparkasse Westmünsterland an die REGIONALE unter dem Motto „ZukunftsLAND“ stellen.

Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg ist ohne Zweifel die Stabilität der Organisationsstrukturen und die Unterstützung der Verantwortlichen durch die regionalen Akteure für den Prozess bis 2016. Ich freue mich daher, dass ich noch kurz vor Weihnachten einen Förderbescheid an die Landräte übergeben durfte, der die Arbeit der REGIONALE-Geschäftsstelle, mit Frau Schneider an der Spitze, für die nächsten Jahre sichern wird.



Damit besteht Planungssicherheit, die dem weiteren Prozess nur dienlich sein kann. Das allein ist aber nicht ausreichend. Neben den Strukturen sind es die Ideen, das Engagement der Akteure vor Ort, die über den Erfolg entscheiden. Dazu kommt der Wille, gemeinsam politisch gestalten zu wollen. Dieses Selbstverständnis spüre ich in den Sitzungen, so dass ich mir sicher bin, dass die REGIONALE 2016 ein Erfolg wird.

Eine Schwierigkeit, die wir als Bezirksregierung in diesem Kontext noch lösen müssen, bereitet die Frage, wie wir es auch den an der REGIONALE 2016 teilnehmenden Nothaushaltskommunen ermöglichen können, an den Fördergeldern zu partizipieren. Zwar ist die Grundsatzentscheidung getroffen, dass Kommunen im Nothaushaltsrecht ausnahmsweise einen 10 Prozent Eigenanteil tragen dürfen. Doch gibt es auch Förderprogramme, die beispielsweise einen 50 Prozent Eigenanteil verlangen - wie gehen wir damit um? Diese Frage ist noch nicht geklärt und wir werden uns in den kommenden Wochen intensiv mit möglichen Antworten auseinandersetzen.

3. Kommunalfinanzen

Sehr geehrte Damen und Herren, das Thema Kommunalfinanzen steht immer noch auf der politischen Agenda ganz oben auf. **(Folie 6)** Die Haushaltslage der Kommunen im gesamten Regierungsbezirk Münster bleibt weiter besorg-



niserregend! Der Städte- und Gemeindebund erwartet für dieses Jahr wieder ein Rekorddefizit aller Kommunen in Höhe von 11 Mrd. €. Vor einem Jahr habe ich dieses Thema bereits als Schwerpunkt meiner Neujahrsrede aufgegriffen und die Problemlage dargestellt.

Zwar findet inzwischen auf allen staatlichen Ebenen ein Dialog zu diesem Thema statt, was positiv zu beurteilen ist, ein inhaltlich zufriedenstellendes Ergebnis ist aber noch nicht erzielt worden. Weitere Schritte müssen nun dringend folgen. Zins- und Tilgungsleistungen drohen die Kommunen spätestens dann zu erdrücken, wenn das Zinsniveau anziehen sollte. „Kommunale Überschuldung“ ist in unserem Regierungsbezirk kein Fremdwort mehr.

Die positiven Signale aus der Wirtschaft ändern an dieser kommunalen Situation im Augenblick nichts. Sicherlich, der sich verfestigende Konjunkturaufschwung, die sinkende Zahl an Arbeitslosen, die vermehrte Nachfrage nach Auszubildenden, der zunehmende Optimismus von Unternehmern hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung, die in etlichen Kommunen zur Zeit wieder zunehmenden Gewerbesteuerereinnahmen, sind durchaus Zeichen, die Hoffnung machen. Die kommunalen Haushalte werden davon jedoch allenfalls zeitversetzt profitieren.

Die Kommunen brauchen aber jetzt Hilfe. Sie müssen jetzt für die Zukunft planen und gestalten können, sie müssen



vor allem wieder investieren können: Seit 1992 haben sich die Investitionen der Kommunen von jährlichen 6 Mrd. € auf 3 Mrd. € im Jahr 2008 halbiert! Das Konjunkturpaket II hat diesen Investitionsstau etwas gemildert, doch dieser „Einmaleffekt“, der in diesem Jahr auslaufen wird, reicht mittel- und langfristig nicht aus. Insoweit kommt dem Versprechen der Landesregierung, den Kommunen in ihrer schwierigen Situation zu helfen, eine ganz wichtige Rolle zu.

Die bereits im Nachtragshaushalt 2010 verabschiedete, auf Dauer angelegte Erhöhung der für den kommunalen Bereich vorgesehenen Verbundmasse um 300 Mio. €, der geplante „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ und die Überarbeitung der Gemeindeordnung hinsichtlich eines flexibleren Zeitrahmens für ein Haushaltssicherungskonzept sind neben den gerade geschilderten wirtschaftlichen Entwicklungen Signale, die zeigen, dass sich etwas zu Gunsten der Kommunen bewegen könnte.

Trotz dieser vielen positiven Ansätze wird es allerdings dabei bleiben, dass auch die Kommunen ihren eigenen Beitrag zu einer nachhaltigen Haushaltskonsolidierung zu leisten haben werden. Bei der nun durch die Landesregierung vorgesehenen neuen Ausgestaltung des Gemeindefinanzierungsgesetzes sollte jedoch darauf geachtet werden, dass Kommunen, denen es finanziell noch etwas besser



geht, nicht gegen Kommunen ausgespielt werden, die dringend finanzielle Hilfe benötigen. Solidarität innerhalb der kommunalen Familie ist erforderlich, darf aber nicht überstrapaziert werden. Um die nötige Solidarität muss deshalb durchaus geworben werden, sie kann nicht einfach verordnet werden.

Dies zeigen auch die ersten Reaktionen von Bürgermeistern und Kommunalpolitikern in unserem Regierungsbezirk auf den Entwurf des neuen Gemeindefinanzierungsgesetzes. Ich muss zugeben, dass mich Art und Weise der Präsentation des Gesetzentwurfs zum Jahresende 2010 auch verwundert hat. Die Bezirksregierung hat den Entwurf, der am 21. Dezember vom Kabinett beschlossen worden ist, beispielsweise erst am 27. Dezember zur Kenntnis erhalten, und damit erst *nachdem* die kommunalen Spitzenverbände informiert worden sind.

Auch möchte ich zur Versachlichung der Diskussion unter den Kommunen auffordern. Es ist unangebracht, allen Kommunen im Nothaushaltsrecht pauschal vorzuwerfen, sie hätten ihre „Hausaufgaben“ nicht gemacht und ihre Ausgabenseite nicht im Griff. Diesen Vorwurf halte ich für ungerecht. Wir alle wissen um die strukturellen Verwerfungen der Kommunen insbesondere im Ruhrgebiet und die damit einhergehenden finanziellen Probleme, die durch



Sparen allein nicht zu lösen sind. Diese Kommunen sind auf Unterstützung Dritter angewiesen.

Wir wissen auf der anderen Seite aber auch, dass diejenigen Kommunen, die bislang größere Haushaltsdefizite vermeiden konnten, ebenfalls an ihre finanziellen Grenzen stoßen und über keine Reserven mehr verfügen. Weniger Schlüsselzuweisungen bedeuten daher auch für die allermeisten Münsterlandkommunen, dass Steuersätze flächendeckend erhöht werden müssten – mit entsprechenden Auswirkungen für die Wirtschaft.

Im Übrigen würden beide Teilregionen des Regierungsbezirks nach dem neuen Entwurf für 2011 weniger Schlüsselzuweisungen als noch 2010 erhalten: So würden sich die Schlüsselzuweisungen für die Münsterlandkommunen um 60,6 Mio. € verringern, aber auch die Kommunen der Em-scher-Lippe Region bekämen insgesamt 29,3 Mio. € weniger zugesprochen als im letzten Jahr, falls der Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes in Kraft tritt!

Ein wesentlicher Eckpunkt unserer aufsichtsrechtlichen Prüfung kommunaler Haushalte war immer, das kommunale Leistungsangebot nicht zu zerschlagen, sondern im Rahmen neuer Grenzen möglichst weitgehend zu erhalten.

Gegen völlig neue Aktivitäten habe ich mich dagegen sehr oft gewandt, weil neue finanzielle Angebote nicht mehr



darzustellen waren. Nun aber müssen zum Beispiel Münsterlandkommunen sehen, wie außerhalb des Regierungsbezirks neue Kultureinrichtungen in Haushaltssicherungskommunen zugelassen werden. Das wirft doch in der Tat vor Ort berechtigte Fragen auf!

Ich bin daher der Auffassung, dass über die geplante Ausgestaltung des Gemeindefinanzierungsgesetzes noch einmal grundsätzlich nachgedacht werden sollte, um einen für alle Seiten verträglicheren Kompromiss zu erzielen. Auf der nächsten Konferenz mit den Hauptverwaltungsbeamten am 20. Januar werde ich dieses Thema auf die Tagesordnung setzen und ich werde das Innenministerium bitten, den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes evtl. im Rahmen einer Sonderkonferenz zu erläutern. Als Regierungspräsident fühle ich mich verpflichtet, die Meinung und das Stimmungsbild der Kommunen an die Landesregierung weiterzugeben. Dieses Recht räumt das Landesorganisationsgesetz dem Regierungspräsidenten ausdrücklich ein.

4. Schulstruktur

Neue Wege, sehr geehrte Damen und Herren, werden auch in der Schulpolitik beschritten. Auch hier stehen insbesondere wieder die Kommunen vor großen Herausforderungen. Aufgrund des Bevölkerungsschwunds sind Anpassungen der Schulstrukturen geboten.



Ich habe vollstes Verständnis für die Sorgen der Kommunalpolitiker vor Ort, denn die Aussichten für die weitere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung und damit für die Attraktivität einer Gemeinde als Wohnstandort für Familien hängen nicht zuletzt vom schulischen Angebot für ihre Kinder ab.

Ein mittlerweile schon erprobtes Erfolgskonzept gerade im ländlichen Raum bietet die Verbundschule, darauf möchte ich wie schon bei anderen Gelegenheiten ausdrücklich hinweisen. **(Folie 7)** Im Regierungsbezirk Münster sind inzwischen sieben solcher Verbundschulen eingerichtet worden. Ich habe mir die Schulkonzepte und die praktische Umsetzung - teilweise auch vor Ort – angesehen und mit den Verantwortlichen gesprochen. In allen Fällen sind mir sowohl von den jeweiligen Schulträgern, wie auch von den Schulleitungen und den Elternvertretern durchweg positive Erfahrungen berichtet worden:

Die Identifikation mit der Schule steigt, die Schulform Hauptschule wird von Eltern und Schülern nicht mehr als Makel angesehen, was auch mit der Durchlässigkeit zwischen den beiden Schulformen Real- und Hauptschule zusammenhängt.

Mit der Möglichkeit der Gemeinschaftsschule im Rahmen eines Schulversuchs gibt es nun eine weitere Alternative, die den Kommunen angeboten wird. **(Folie 8)** Sie ist des-



halb interessant, weil dabei auch ein gymnasialer Unterricht erfolgen kann.

Die Gemeinschaftsschule sorgt bei den Kommunen für eine rege Debatte, obwohl zum kommenden Schuljahr im Regierungsbezirk Münster lediglich zwei Gemeinden, Ascheberg und Billerbeck, eine Gemeinschaftsschule errichten werden. Auch landesweit ist die Zahl mit insgesamt 19 Anträgen noch überschaubar, aber 43 weitere Träger haben konkretes Interesse signalisiert.

Dabei taucht inzwischen verstärkt eine neue Frage auf: Wie werden sich die Schülerströme auf lokaler Ebene durch die Errichtung einer neuen Gemeinschaftsschule zu Lasten oder zum Vorteil einer Kommune ändern. Häufig befürchten Nachbarkommunen ein „Abwandern“ ihrer Schülerinnen und Schüler, wodurch dann eigene Schulkapazitäten, die in den vergangenen Jahren häufig mit großem finanziellem Aufwand mühsam aufgebaut worden sind, ungenutzt bleiben.

Nach den Vorgaben des Schulministeriums soll die Errichtung einer Gemeinschaftsschule deshalb auch möglichst im Einvernehmen mit den Nachbargemeinden erfolgen. Ein Antrag auf Teilnahme an dem Modellversuch ist allerdings nur dann zwingend abzulehnen, wenn eine Schule eines anderen Schulträgers durch die Errichtung in ihrem Bestand gefährdet wird. Im Ergebnis bleibt damit die Verwei-



gerung des Einvernehmens durch einen Nachbarschulträger praktisch folgenlos, solange der Bestand einer Schule nicht gefährdet ist.

Diese bereits öffentlich geführte Diskussion macht das latent schwelende Konfliktpotenzial sehr deutlich. Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie eine regional bedarfsgerechte Versorgung mit Schulen jenseits kommunaler Einzelinteressen erzielt werden kann und ob hier nicht von einer überörtlichen Instanz steuernd eingegriffen werden sollte.

Ich kann keine Patentlösung anbieten, doch ich möchte an dieser Stelle zumindest die Bereitschaft der Bezirksregierung signalisieren, in derlei Konfliktfällen eine aktive Moderatorenrolle zu übernehmen - auch wenn dies nicht zwingend gesetzlich vorgesehen ist. Ein auf diese Weise gesteuerter Prozess durch eine neutrale, fachlich kompetente Institution kann für alle Beteiligten nur vorteilhaft sein. Wenn wir nach außen als eine starke Region wahrgenommen werden wollen, heißt das für mich, dass wir auch intern zu Kompromisslösungen und zur Zusammenarbeit bereit sein müssen. Dies habe ich auch gegenüber dem Ministerium so vertreten. Ob eine über die reine Moderatorenrolle hinausgehende Steuerung durch die Bezirksregierung in der Schulentwicklungsplanung bei dem jetzt anstehenden Gesetzgebungsverfahren aufgegriffen wird, bleibt aber abzuwarten.



5. Regionale Strukturpolitik

Diese Bereitschaft zur Zusammenarbeit und zum Schulterschluss ist besonders immer dann erforderlich, wenn überregionale Herausforderungen zu meistern sind – und davon haben wir einige vor uns. **(Folie 9)** Ich erinnere zum Beispiel an den bevorstehenden Kohleausstieg. In der Kohleregion Ibbenbüren sind konkret 6.000 Arbeitsplätze gefährdet, wenn ab 2018 keine Kohle mehr gefördert werden sollte. Viele mittelständische Betriebe und Handwerksunternehmen sind hier vom Steinkohlebergbau abhängig.

Ein weiteres Thema, mit dem wir uns in diesem Jahr gemeinsam auseinandersetzen müssen, ist die zukünftige Strukturförderung der EU. Wie Sie wissen, läuft die aktuelle Förderphase 2013 aus und es ist keinesfalls sicher, ob bzw. in welcher Form unsere Region auch nach diesem Zeitpunkt Mittel der EU-Strukturfonds beanspruchen kann. Wir müssen uns daher gemeinsam positionieren und ggf. auch Strategien überlegen, wie wir unsere Interessen zum Ausdruck bringen und wie wir als Region auf den weiteren Entscheidungsprozess Einfluss nehmen können.

Daher meine ich, sehr geehrte Damen und Herren, sind wir gut beraten, wenn wir die bewährte Einrichtung der „Regionalkonferenz“ auch für den Dialog der anstehenden Herausforderungen einsetzen und auch weiterhin zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung nutzen.



Denn wir brauchen mehr regionales Auftreten und regionale Zusammenarbeit!

Auf der Sondersitzung des Regionalrates am 19. Januar werden wir uns auch mit dieser Frage auseinandersetzen. Ich plädiere für eine starke Münsterlandkonferenz mit einem leistungsfähigen Präsidium, in dem neben kommunalpolitischen Vertretern auch die Kammern, die Hochschulen und die Gewerkschaften vertreten sein sollten. Und ich bin optimistisch, dass der Regionalrat ein positives Votum hierzu fällen wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich der Stadt Bottrop einen herzlichen Glückwunsch zu dem Wettbewerbssieg als InnovationCity aussprechen. Bottrop ist damit im vergangenen Jahr als „Klimastadt der Zukunft“ ausgewählt worden. Ein Invest von 20 Mrd. €!

Bottrop ist darüber hinaus neben sieben weiteren Kommunen aus dem Regierungsbezirk Münster – Dülmen, Everswinkel, Greven, Heiden, Ibbenbüren, Nottuln, Telgte und dem Kreis Warendorf - gestern von Herrn Minister Remmel mit dem „European Energy Award 2010 (EEA)“ ausgezeichnet worden, einem europaweiten Zertifizierungssystem, bei dem die Klimaschutzaktivitäten der Kommunen nach einheitlichen Kriterien bewertet werden. Die Gemeinde Saerbeck hat darüber hinaus die Auszeichnung sogar in



der höchsten Kategorie „Gold“ erhalten. Allen Preisträgern möchte ich herzlich zu diesem Erfolg gratulieren!

Vor dem Hintergrund dieser im Regierungsbezirk also vorhandenen Kompetenzen könnte ein Erfahrungsaustausch im Rahmen einer Regionalkonferenz - sowohl im Münsterland als auch in der Emscher-Lippe Region - gewiss hilfreich auch für andere interessierte Kommunen sein.

6. Kohlekraftwerk Datteln

Eine große juristische Aufgabe, die vor uns liegt, ist das Genehmigungsverfahren für das Kohlekraftwerk in Datteln. **(Folie 10)** Nachdem das Oberverwaltungsgericht die planungsrechtlichen Grundlagen für den Kraftwerksneubau mit der Entscheidung vom 3. September 2009 zunächst einmal entzogen hat, ist das Genehmigungsverfahren für das Kraftwerk durch mich angehalten worden.

In der Presseberichterstattung wird oft nicht deutlich, dass die Bezirksregierung Münster für das Genehmigungsverfahren die zuständige Behörde ist. Ein von der Deutschen Umwelthilfe beauftragter Gutachter kommt nun aktuell zu dem Schluss, dass es keine rechtlichen Wege gebe, den Kraftwerksbau zu legalisieren und damit abzuschließen. In der Konsequenz wird die Bezirksregierung nun von den Kraftwerksgegnern aufgefordert, bisher bereits erteilte Teilgenehmigungen zurückzunehmen.



Dazu will ich Folgendes sagen: Wir haben uns mit der Landesregierung in dieser Frage eng abgestimmt. Aus Sicht der Landesplanung hat die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhr mit ihrem Beschluss vom 13. Dezember 2010 den Weg dahin gewiesen, dass die Schaffung neuer und rechtmäßiger planungsrechtlicher Grundlagen auf der Ebene der Regionalplanung in Angriff genommen werden kann. Solange also das regionalplanerische Verfahren läuft, ist eine Rücknahme der bisher erteilten Teilgenehmigungen durch die Bezirksregierung Münster rechtlich nicht möglich. Die Antragsteller werden von mir darüber in den nächsten Tagen informiert.

7. Hochwasserschutz/Wasserrahmenrichtlinie

Ein umweltpolitisches Thema möchte ich ansprechen, das uns im vergangenen Jahr sowohl in der Emscher-Lippe Region wie auch im Münsterland auf verschiedenen Ebenen beschäftigt hat. **(Folie 11)**

Im Sommer haben wir erleben müssen, wie sich kleine Bäche im Münsterland, zum Beispiel die Vechte oder die Dinkel, in kürzester Zeit zu bedrohlichen Flüssen erheben können. Ich habe mir seinerzeit die Schäden in Gronau und andernorts angesehen und war betroffen von der zerstörerischen Kraft, die die Wassermassen dort binnen weniger Stunden entfaltet haben. Und gerade in diesen Tagen er-



fahren wir wieder, dass Hochwasser eine ernstzunehmende Gefahr auch für unsere Region darstellen kann.

Hochwasserschutz ist daher eine Aufgabe, der wir uns mit hoher Priorität widmen müssen. Die erforderlichen Maßnahmen sind vielfältig und natürlich abhängig von den örtlichen Gegebenheiten. Die eventuell bestehenden Interessengegensätze von Grundstücksbesitzern, Naturschützern, Kommunen und der Wirtschaft versuchen wir als Obere Wasserbehörde nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu einem zweckmäßigen Ausgleich zu bringen. Interessenausgleich setzt aber auch hier die Kompromissbereitschaft der Beteiligten voraus. Ich hoffe sehr, dass wir in einem sachlichen Dialogprozess diese Probleme – sowohl im Kreis Recklinghausen als auch in einigen Münsterlandkommunen – werden lösen können.

8. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang vor allem auch der enge Dialog und die Abstimmung mit unseren niederländischen Nachbarn. **(Folie 12)** Gerade mit dem Hochwasserereignis haben wir erfahren, dass grenzüberschreitende Zusammenarbeit keine diplomatische Floskel ist, sondern eine praktische Notwendigkeit.

Bei allen Meinungsverschiedenheiten, die wir mit unseren niederländischen Nachbarn in einigen Detailfragen offen-



kundig haben, ich denke zum Beispiel an die leidige Diskussion um den Regionalflughafen in Enschede, ist es wichtig, dass wir die nachbarschaftlichen Beziehungen pflegen und weiter vertiefen, um gemeinsame Anliegen in einem offenen Diskurs zu besprechen.

Mir liegt sehr viel daran, die guten Beziehungen, die sich in der Zusammenarbeit mit der Provinz Overijssel und in Person mit dem Kommissar der Königin, Herrn Geert Jansen, in den letzten Jahren entwickelt haben, auch mit der neuen Kommissarin, Frau Bijleveld-Schouten, die im Januar ihr Amt angetreten hat, fortzusetzen. Erste gemeinsame Gespräche sind bereits terminiert.

Ich beabsichtige aber auch, die Kontakte zur Provinz Gelderland zu intensivieren. Mit dem Gelderland haben wir eine lange gemeinsame Grenze und schon viele gemeinsame Projekte auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel das Ökologie- und Tourismusprojekt Berkelland. Die konkreten grenzüberschreitenden Themen sind vielfältig, sie reichen vom Tourismus, der Zusammenarbeit in der EUREGIO bis hin zu gemeinsamen Verkehrskontrollen auf den Autobahnen. In Sachen Hochwasserschutz beraten wir uns beispielsweise schon kommende Woche mit der niederländischen Seite im Kreishaus Borken. Wir werden uns offen über die gegenseitigen Erfahrungen austauschen und zusammen überlegen, was wir zukünftig verbessern können.



9. Schluss

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe versucht, einige Arbeitsschwerpunkte der Bezirksregierung vorzustellen, die uns aktuell beschäftigen und die nach meiner Einschätzung von strukturpolitischer Relevanz und damit auch für Ihre Arbeit von Interesse sind.

Die Herausforderungen sind nicht geringer geworden. Anders als noch im vergangenen Jahr nehme ich aber eine überwiegend positive Stimmungslage wahr, die uns dabei helfen wird, diesen Herausforderungen zielgerichtet und zupackend zu begegnen.

Zu guter Letzt wünsche ich dem Kreis Steinfurt, dass er erfolgreich die nächste Woche bevorstehende „Kraft-Probe“ in Berlin besteht. Die LEADER-Regionen Steinfurter Land und Tecklenburger Land werden vom 21. bis 30. Januar auf der Grünen Woche in Berlin das Land Nordrhein-Westfalen unter dem Motto „Die pure Kraft“ vertreten. Ich drücke die Daumen, dass auch diese gemeinsame „Kraft-Anstrengung“ ein voller Erfolg wird!